Bau- und Planungsausschuss
Protokoll Nr. BPA/11/2015

über die öffentliche Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 16.09.2015, Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 20:48 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Hartmut Möller

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Rafael Haase
Herr Jörg Hansen
Herr Christian Schmidt — i. V. f. StV Löwer

Bürgerliche Mitglieder

Herr Olaf Falke — außer TOP 12.6
Herr Uwe Graßau
Herr Eckehard Knoll — i. V. f. StV Hengstler
Herr Wolfdietrich Siller — i. V. f. BM Gaumann

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Peter Engel — Seniorenbeirat; nur öffentl. Teil
Frau Liska Kappmeier — Kinder- und Jugendbeirat; nur öffentl. Teil
Herr Angelius Krause — Behindertenbeirat; nur öffentl. Teil

Verwaltung

Herr Andreas Schneider
Frau Katharina Freimuth
Frau Anette Kruse
Herr Ulrich Kewersun — Protokollführer

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Frau Anna-Margarete Hengstler
Frau Monja Löwer

Bürgerliche Mitglieder

Herr Uwe Gaumann

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1.	Begrüßung und Eröffnung der Sitzung	
2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit	
3.	Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses	
4.	Einwohnerfragestunde	
5.	Festsetzung der Tagesordnung	
6.	Einwände gegen die Niederschrift Nr. 10/2015 vom 15.07.2015	
7.	Berichte/Mitteilungen der Verwaltung	
7.1.	Berichte gem. § 45 c GO - k e i n e -	
7.2.	Sonstige Berichte/Mitteilungen	
7.2.1.	Einziehung des Parkplatzes Lange Koppel	
7.2.2.	WC's an den U-Bahnhöfen Ahrensburgs	
7.2.3.	Verfahrensstand zum S4-Projekt	
7.2.4.	Verlauf der HVV-Linie 576 im nördlichen Ast	
7.2.5.	Städtebauförderung: Erweiterungsbereich Bahnhof	
7.2.6.	Sperrung der BAB A 1-Anschlussstelle Ahrensburg in Richtung Hamburg	
7.2.7.	Sachstand städtebaulicher Wettbewerb im Erlenhof	
7.2.8.	Reeshoop 38 - ehemalige Kreisaltenwohnanlage	
7.2.9.	Sachstand Alte Reitbahn	
8.	Beschluss Gewerbeentwicklungskonzept	**2015/088**
9.	Stadtverkehr Ahrensburg/Optimierte ÖPNV-Anbindung Rosenhof	**2015/097/1**
10.	Vergabe von Straßennamen für das Gebiet Bebauungsplan Nr. 88 - Erweiterung des Gewerbegebietes Beimoor-Süd	**2015/034**

11. Verschiedenes

11.1. Tiefgarage unter dem Rathausplatz

11.2. Beteiligung des Behindertenbeirates

11.3. Einsatz von Planungsmitteln für ein öffentliches WC im Bahnhofsumfeld

11.4. Optimierte ÖPNV-Anbindung Rosenhof V

11.5. Beleuchtung des Waldemar-Bonsels-Weges im Abschnitt Wulfsdorfer Weg bis Rantzaustraße

11.6. Verkehrszählung in der Straße Brauner Hirsch/Ortsteil Am Hagen

11.7. Kfz-Plätze auf dem Kita-Grundstück Pionierweg

11.8. Standfestigkeit der Birke im Pionierweg

11.9. Brachfläche am AOK-Verkehrsknoten

11.10. Sondernutzung für eine Gastronomie auf dem Rondeel

11.11. Erneuerung der Beleuchtung Parkallee

11.12. Verkehrssituation im Heinz-Beusen-Stieg

11.13. Verkehrswidriges Parken im Westteil der Bismarckallee

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Herr Möller begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Bau- und Planungsausschusses ist gegeben.

3. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses

Die in nicht öffentlicher Sitzung getroffene Entscheidung am 15.07.2015 betrifft ein Einzelbauvorhaben, wobei bei dem auf Basis des Ergebnisses aus dem Realisierungswettbewerb Erlenhof-Süd beantragten Bauentwurf versagt worden sind die Befreiungen:

a) Die Verschiebungen der Lücken zwischen den Gebäuden um maximal 2 m und insofern Überschreibungen der Baugrenzen um dieses Maß

b) Bei einigen Baukörpern die Erhöhung der im B-Plan Nr. 92 auf 8 m begrenzten Höhen auf 9,8 m

4. Einwohnerfragestunde

Herr Jürgen Plage bezieht sich auf TOP 10 zur Vergabe von Straßennamen im Gebiet Beimoor-Süd und hier speziell die angedachte Benennung einer Planstraße nach dem Naturforscher Johannes Heinrich Ludwig Flögel. In diesem Zusammenhang gibt er die als **Anlage** beigefügten Unterlagen zur Kenntnis und als Hintergrundinformation bekannt.

Herr Erwin Lehmann von der Bewohnervertretung Rosenhof V bezieht sich auf die angestrebte Optimierung der ÖPNV-Erschließung der Seniorenwohnanlage. Während man zu Beginn durch eine große Unterschriftenaktion gegen das seit Dezember 2014 bestehende Bedienungsangebot auf der HVV-Linie 476 insbesondere im Hinblick auf die Taktung und das eingesetzte Fahrzeug protestiert hat, beteiligte man sich gegen Ende des ersten Halbjahres 2015 an den Gesprächen zwischen Kreis, Stadt und Verkehrsunternehmen. Seines Erachtens würde die Realisierung der Variante 1 die Kunden aus dem Rosenhof V allgemein, aber insbesondere auch die körperbehinderten Senioren/innen zufrieden stellen.

Herr Peter Elmers äußert sich ebenfalls zum TOP 9 und favorisiert die optimierte ÖPNV-Anbindung Rosenhof über die ausgearbeitete Variante 1. Seines Erachtens ließen sich die Mehrkosten in Höhe von 100.000 € pro Jahr jedoch spürbar reduzieren, wenn man auf seinen am 01.04.2015 vorgetragenen Vorschlag eingehen könnte, den westlichen Strang der HVV-Linie 476 durch die flächenhaftere neue Linienführung auf dem östlichen Strang des 576er-Busses zu verzichten. Die von ihm vorgeschlagene Lösung hätte Vorteile bei der Erschließung der Neubaugebiete Buchenweg/Rosenweg und Erlenhof-Süd, wobei es auch denkbar wäre, anstatt durch die Fritz-Reuter-Straße weiterhin zügiger durch die Klaus-Groth-Straße zu fahren.

Anmerkung der Verwaltung:

Auf den Bericht unter TOP 7.2.4 wird hingewiesen.

Es liegen keine weiteren Einwohnerfragen vor.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende bezieht sich auf die in der Einladung vom 02.09.2015 vorgeschlagene Tagesordnung und die angekündigte Empfehlung, die Tagesordnungspunkte 12 und 13 in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten, da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechtigte Interessen Einzelner es erfordern.

Ohne Aussprache wird anschließend über den entsprechenden Antrag des BPA-Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei den genannten Tagesordnungspunkten abgestimmt. Der Bau- und Planungsausschuss mit der gemäß § 46 Abs. 8 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder zu.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Ansonsten gibt es keine Änderungswünsche zur vorgeschlagenen Tagesordnung.

Die Verwaltung kündigt an, die Vorlagen Nr. 2015/034 zwecks Überarbeitung zurückzuziehen. Sie empfiehlt, zwar nicht über den Beschlussvorschlag abzustimmen, jedoch in der Beratung zu versuchen, die verschiedensten Ansätze für künftige Namensvorschläge einzugrenzen.

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 10/2015 vom 15.07.2015

Es gibt 2 Einwendungen, die den Protokollteil zu TOP 11 und 12 betreffen:

1. Im 3. Absatz wird der abschließende Satz wie folgt gefasst (die Änderungen sind kursiv dargestellt):

   > Dazu ergänzt ein weiteres Ausschussmitglied, dass die Auswirkungen durch die Teilung des *städtischen* Grundstücks *südlich des Betriebsgeländes Clariant* nicht messbar sind, da die einzelnen Nachteile nicht mit Zahlen belegt werden können.

2. Der Antrag zu Nr. 1 b wurde von der FDP-Fraktion gestellt; dementsprechend wird der Satz vor dem dazugehörigen Abstimmungsergebnis wie folgt gefasst (die geänderte Passage ist kursiv dargestellt):

   > Die *FDP*-Fraktion beantragt, Ziffer 1 b im Antrag der CDU-Fraktion zu streichen.

Keine weiteren Änderungen. Das Protokoll gilt unter Berücksichtigung vorstehender Anpassungen als genehmigt.

7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

— ***k e i n e*** —

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Einziehung des Parkplatzes Lange Koppel

Die Verwaltung nimmt Bezug auf die BPA-Beratung am 15.07.2015 anhand der Vorlage Nr. 2015/098 und die unter Beachtung der Eingabe vom 23.06.2015 getroffene Entscheidung, den öffentlichen Parkplatz in der Langen Koppel einzuziehen.

Die entsprechende Verfügung wurde am 11.08.2015 angefertigt, wobei – nach Durchführung einer Anhörung der einwendenden Personen – angesichts des Zeitdrucks bei der Unterbringung von Flüchtlingen die sofortige Vollziehung angeordnet wurde.

Hinsichtlich der Lage des künftigen Baukörpers ist die Stadt dem Wunsch von Anliegern – und insbes. dem Eigentümer des unmittelbaren Nachbargrundstückes – entgegengekommen, indem das Gebäude nicht mehr (vgl. Anlage 1 zu Vorlage Nr. 2015/045) die vordere Flucht an der Straße aufgreift, sondern um rd. 4 m nach Süden versetzt errichtet wird.

7.2.2. WC's an den U-Bahnhöfen Ahrensburgs

Am 29.06.2015 hat Herr Angelius Krause im Namen des Behindertenbeirates der Stadt Ahrensburg eine Nachricht gesandt an die Hamburger Hochbahn AG/Abteilung Haltestellenmanagement in deren Funktion als Eigentümerin der Bahnhofsgebäude und mit Hinweis auf die Behindertenrechtskonvention beantragt, die U-Bahnhöfe Ahrensburg West und Ost mit Behinderten-WCs auszustatten; heute befinden sich dort jeweils öffentliche WCs, für die ein Benutzungsentgelt erhoben wird.

In der daraufhin von der Hochbahn abgegeben Stellungnahme wird hingewiesen, dass in den Haltestellen Ahrensburg Ost und Ahrensburg West die Einrichtung von zusätzlichen Behinderten-WC bzw. die Erweiterung der bestehenden öWC-Anlagen zu Behinderten-öWC-Anlagen aufgrund des erforderlichen Flächenbedarfes nicht möglich ist. Die entsprechenden Räumlichkeiten hierfür stehen aufgrund betrieblicher Notwendigkeiten, der erforderlichen Bewegungsflächen, des ebenerdigen barrierefreien Zugangs und der notwendigen Türdurchgangsbreiten nicht zur Verfügung.

Die Stadtverwaltung Ahrensburg unterstützt diese Initiative des Beirates, jedoch nicht finanziell.

Wie der Vertreter des Behindertenbeirates ergänzend berichtet, sei er nach wie vor in engem Kontakt zur Hochbahn; eine Besichtigung der Örtlichkeit beim U-Bahnhof Ahrensburg West ist für den 22.09.2015 vorgesehen.

7.2.3. Verfahrensstand zum S4-Projekt

Anlässlich der mit Informationsveranstaltungen und Bürgersprechstunden intensivierten Öffentlichkeitsarbeit hat die Stadtverwaltung Ende Juli 2015 den direkten Meinungsaustausch gesucht mit den Projektverantwortlichen der DB Netz AG. In diesem Gespräch ging es sowohl um den derzeitigen Verfahrens- und Prüfungsstand als auch darum, die städtischen Belange - vgl. auch die städtische, in den Gremien abgestimmte Stellungnahme aus dem August 2013 - in Erinnerung zu rufen. Insbesondere wurden folgende Themenbereiche tangiert:

1. Bereits im Vorfeld der im Juli 2015 veröffentlichten neuen Kostenschätzung wurde in einer eisenbahnbetriebswirtschaftlichen Untersuchung nach Einsparungsmöglichkeiten und deren Auswirkungen gesucht. Eine Variante besteht darin, das zusätzliche dritte Gleis nur bis zum Bahnhaltepunkt Gartenholz und nicht mehr bis zum Bahnhof Bargteheide zu führen. Diese Variante hätte keine Auswirkungen einerseits auf die bisher vorgesehene Taktung der S-Bahn für Ahrensburg und Gartenholz und andererseits auf den Standort der Abstellgleise nördlich des Bahnhaltepunktes Gartenholz.

2. Hinsichtlich der Infrastruktur wird weiterhin ein möglicher Halt auf Höhe des U-Bahnhofes Ahrensburg West geplant, eine Entscheidung ist hierzu jedoch noch nicht getroffen. Gegenstand des Verfahrens ist lediglich im Bereich der Abstellgleise optional mit vorzusehen eine Weichenverbindung für eine gegebenenfalls unabhängig von der Planfeststellung zu planende Werkhalle.

3. Die Bedienung der S4 dürfte den Betrieb der Regionalbahn (Linie RB 81) ersetzen; aus Projektsicht werden die Regionalexpresslinien (RE 8 und die RE 80 mit Halt in Ahrensburg) nicht infrage gestellt. Dieser Schienenpersonen-Nahverkehr wird jedoch bestellt durch das Land Schleswig-Holstein bzw. die NAH.SH (ehemals LVS). Es wurde verdeutlicht, dass aus städtischer Sicht die Linie RE 80 mit deren jetziger Bedienung des Ahrensburger Bahnhofes zumindest beibehalten werden muss, um die Akzeptanz der S4 nicht zu gefährden.

4. Die Projektverantwortlichen wurden aufgefordert, zumindest für den innerstädtischen Streckenabschnitt Brückenstraße bis Fannyhöh intensiv alternative Lärmschutzmaßnahmen zu untersuchen, die geeignet sind, höhere Lärmschutzwände zu vermeiden, und zwar unabhängig davon, ob diese Maßnahmen zugelassen sind oder erst in einem Pilotprojekt getestet werden (z. B. konkave, gleisnahe Anlagen).

5. Unabhängig von der noch nicht abschließend geklärten Frage der Positionierung einer Brücke als Ersatz für den heutigen Bahnübergang Brauner Hirsch hat die Stadt darauf gedrungen, bei der Planung dieser Brücke nicht von mehrere 100 m langen Erddämmen beidseits der Bahnstrecke auszugehen, sondern angesichts der Belange des Landschaftsbildes und des Naturschutzes ein weitgehend transparentes und stützenfreies Bauwerk im Tunneltal vorzusehen. Hier wurden gesonderte Abstimmungsgespräche zugesagt.

6. Ferner wurde Bezug genommen auf den Antrag AN/027/2014 und den in der BPA-Sitzung am 05.11.2014 hierzu gefassten Beschluss des Inhalts, eine direkte Wegeverbindung vom Ende der Otto-Siege-Straße zur Kastanienallee zu prüfen und die entsprechende Erweiterung des im Zuge des S4-Projektes zur erneuernden Bahnbrücke über Ostring/Aue initiativ an die Planer der S4 heranzutragen.
   Die Planung und der Bau einer solchen Verbindung ist nur auf Kosten der Stadt möglich. Die Bahn hat eingeräumt, die Bauwerke bei Abschluss einer Bau- und Finanzierungsvereinbarung mit zu planen und zu bauen. Die darüber hinausgehende Wegeverbindung ist allein Sache der Stadt. Die Planung des Bauwerkes über die L 82 würde zu Kosten von grob ca. 100.000 € führen, für den restlichen Weg wären grob ca. 200.000 € zu erwarten. Die gesamten Herstellungskosten einschließlich der Wegeanbindung wären sehr grob geschätzt bei 1,5 Mio. €.
   In Anbetracht der Haushaltslage und der Vielzahl an Projekten wäre es zu empfehlen, diese Wegeverbindung zurückzustellen.

In der anschließenden kurzen Aussprache zu diesem Berichtsteil informieren Ausschussmitglieder in Bezug auf

— Punkt 4, dass die gleisnahen Lärmschutzmaßnahmen zugelassen worden sein sollen und damit auch in Ahrensburg eingesetzt werden könnten,

— Punkt 5, dass insofern das Ziel angestrebt werde, auf Höhe des Straßenzuges Brauner Hirsch eine lange Talbrücke zu errichten und

— Punkt 6, dass darüber hinaus an der Forderung festgehalten werden sollte, den Talraum Aue/Ostring wieder zu öffnen, indem im Zuge des S4-Projektes etwa wieder eine Bogenbrücke errichtet wird.

7.2.4. Verlauf der HVV-Linie 576 im nördlichen Ast

Seit dem 31.08.2015 ist der BPA-Beschluss vom 01.04.2015 (vgl. Protokoll Nr. 05/2015, TOP 8, und Vorlagen Nr. 2015/038) umgesetzt, wonach die HVV-Busse der Linie 576 von der Stormarnstraße/ dem Rosenweg kommend künftig über die Otto-Schumann-Straße zum badlantic fahren und von der dortigen End- und Einsatzhaltestelle über die Gustav-Delle-Straße zurückkehren. Infolgedessen entfällt das Durchfahren der Siedlung Steinkamp im Umfang von 4 Midibusfahrten pro Stunde.

Im Zusammenhang mit grundsätzlichen Anmerkungen hinterfragte ein Einwohner den Verlauf der von der Stadt Ahrensburg finanzierten Linie 476 (Pellwormstieg – Bahnhof Ahrensburg – badlantic) und die Erschließung der Quartiere Steinkamp/ Reeshoop durch die verschiedenen HVV-Buslinien. Seines Erachtens könnte das Gebiet Reeshoop/ badlantic/ Steinkamp insgesamt sehr gut alle halbe Stunde nur von der Linie 576 versorgt werden, wenn diese verlängert über Rathaus – Fritz-Reuter-Straße – Stormarnstraße – Hermann-Löns-Straße – badlantic – Bünningstedter Straße – Steinkamp – Gustav-Delle-Straße – Rosenweg – Otto-Schumann-Straße und zurück mit Midibussen gefahren würde.

Auf Vorschlag der Verwaltung kam man überein, den angeregten Verlauf des nördlichen Astes der Linie 576 bewerten zu lassen, wobei von vornherein auf Folgendes hingewiesen wurde:

Sofern die Fritz-Reuter-Straße im Abschnitt zwischen Stormarnstraße und Reeshoop wieder durch die Linie 576 befahren werden sollte, weist FD II.3 auf die während einer Ortsbereisung im Sommer 2014 dokumentierten Schwierigkeiten hin, angesichts der Lichtsignalanlage für Fußgänger, der Grundstückszufahrten und der Straßenbäume, an geeigneten Standorten (Höhe Grauer Esel) Haltestellen anzuordnen.

In ihrer Stellungnahme merkten HVV und Kreis Stormarn Folgendes an:

- Der Buslinienbetrieb in der Fritz-Reuter-Straße ist sowohl von der Verkehrsaufsicht als auch von der Polizei abgelehnt worden. Aus diesem Grund fährt die Linie 576 heute durch die Klaus-Groth-Straße.

- Die Hermann-Löns-Straße wird im Schülerverkehr von einzelnen Fahrten von/zur Berufsschule befahren. Ein regelmäßiger Linienbetrieb (auch mit Midibussen) wäre wegen des ruhenden Verkehrs schwierig und zeitintensiv.

- Der vorgeschlagene Linienweg lässt sich befahren, die Fahrzeitannahmen gehen jedoch von ungestörtem Betrieb aus und haben keinerlei Reserven bei eventuellen Verspätungen. Nur geringfügige Verspätungen gefährden sämtliche Anschlüsse am Bahnhof und im Rendezvous.

- Die Haltestellen Lilienweg (35 Fg/Tag) und Pflegezentrum (62 Fg/Tag) sind nicht so unbedeutend wie beschrieben. Eine Angebotsreduzierung beinhaltet Protestpotenzial. Die Haltestelle Jungborn wird dazu im Vergleich mit 61 Fg/Tag gleichwertig genutzt.

- Ein 60-Minuten-Takt im Reeshoop entspricht nicht den Anforderungen des Verkehrsgutachtens von Urbanus.

- Ein Leistungsnagebot mit Midibussen entspricht nicht dem Nachfragepotential eines Neubaugebietes der Größe des Erlenhofs. Mittelfristig wäre mit Kapazitätsengpässen zu rechnen.

Aus Sicht des HVV und des Kreises Stormarn führt der Vorschlag zu keinen Verbesserungen des Leistungsangebotes. Zudem wird die Gefahr eines Dominoeffektes gesehen, durch den diverse Linien geändert werden müssten und eine Stabilität des HVV-Angebotes nicht gewährleistet werden könnte.

Entscheidend sind aus Sicht der Verwaltung die Punkte 3 und 4. Der sich unter TOP 4 zu Wort gemeldete Einwohner vertritt die Auffassung, dass die Vorgaben des Fahrplanes für das Rendezvous-System eingehalten werden könnten – insbesondere bei einer Führung über die Klaus-Groth-Straße – und für die beiden betroffenen Haltestellen angemessene Alternativen gefunden werden könnten.

7.2.5. Städtebauförderung: Erweiterungsbereich Bahnhof

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 30.06.2014 auf Basis der Vorlagen-Nr. 2014/065 den Einleitungsbeschluss über die Vorbereitende Untersuchung für das Städtebauförderungsprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ und in diesem Zusammenhang den Geltungsbereich für das zu untersuchende Gebiet festgelegt (vgl. Anlage zur Vorlage).

In der Lenkungsgruppe und während der Auftaktveranstaltung wurde erwogen, das bisher ausgesparte Umfeld des Bahnhofs Ahrensburg mit in das Untersuchungsgebiet einzubeziehen.

Die Verwaltung gibt diese Überlegungen bekannt und hat nachstehend einige Aspekte hierfür zusammengetragen:

Pro	**Contra**
Gutachter bereits bezahlt Fa. BPW	Tiefenschärfe der Untersuchung
Falls Fördergebiet erweitert wird, sind ggf. weitere Fördermittel abrufbar	
Hohe Qualität, da mit Städtebauförderung	
Thematischer Kontext des Bahnhofs als Kulturdenkmal	

► Falls die Aufnahme in die Städtebauförderung erfolgt, muss eine detaillierte Untersuchung des gesamten Bereiches erfolgen.

Herausforderungen des Bahnhofes sind insbesondere:

— Bedarf Radabstellanlagen
— „Kneipenszene“
— Wenig private Stellplätze für den Wohnungsbau der 50er und 60er Jahre, P + R-Anlage hohe Auslastung usw.
— Abwicklungen der Verkehre sind unsortiert:
  – Busverkehr räumlich beengt
  – Lindenhof-Bauprojekt erzeugt weitere Verkehre
  – Taxis zu wenig Platz
— Barrierefreiheit nicht gewährleistet
— Orientierbarkeit ist schlecht
— Gestalterische Qualität nicht optimal
— Entwicklungsdruck durch Dello/VW (Hamburger Str. 43) und EDEKA/Kino-Projekt (Bahnhofstr. 17)

7.2.6. Sperrung der BAB A 1-Anschlussstelle Ahrensburg in Richtung Hamburg

Wie der LBV-SH im Rahmen einer Infoveranstaltung mitteilte, wird die Anschlussstelle Ahrensburg der BAB A 1 in Fahrtrichtung Hamburg vom 09.10.2015, 19:00 Uhr bis zum 12.10.2015, 6:00 Uhr wegen Deckenerneuerung der Zu- und Abfahrtsrampen voll gesperrt. Ersatztermin ist das folgende Wochenende. Die Umleitung in Richtung Hamburg erfolgt über L 224 Siek zur Anschlussstelle Stapelfeld. Fahrzeugführer mit Ziel Ahrensburg, Großhansdorf usw. können in Bargteheide die BAB verlassen und über die K 106 Beimoorweg und L 224 ihr Ziel erreichen. Entsprechende Vorankündiger werden auf der BAB aufgestellt.

7.2.7. Sachstand städtebaulicher Wettbewerb im Erlenhof

Die Rechtslage bezüglich der Realisierung eines Wettbewerbsergebnisses wurde von der Verwaltung überprüft. Der Eigentümerin und Ausloberin wurde schriftlich mitgeteilt, dass gemäß Rahmenrichtlinie für Planungswettbewerbe von 2008 (RPW 2008), die vertraglich vereinbart wurde, einer der Entwürfe der Gewinner des Wettbewerbs zu realisieren ist. Eine weitere Überarbeitung der Entwürfe ist gemäß RPW 2008 zulässig. Ende September findet ein Termin zusammen mit den Architekten, der Ingenieurkammer Schleswig-Holstein und der betreffenden Baufirma statt. Es soll geklärt werden, ob und welcher Wettbewerbsentwurf realisiert werden kann.

7.2.8. Reeshoop 38 - ehemalige Kreisaltenwohnanlage

Zu zukünftigen Entwicklung des von der Fa. WOB erworbenen Grundstücks fand ein Planungsgespräch zwischen deren Architekten und der Stadtverwaltung statt.

Geplant ist, bei laufendem Betrieb den östlichen Bereich abzubrechen und einen kompakteren höheren Neubau an dieser Stelle zu errichten. Nach dem Umzug würde dann der restliche Teil der bestehenden Anlage abgebrochen.

Durch die kompaktere Ersatzbebauung sind anschließend noch Flächen verfügbar für betreutes Wohnen und/oder Wohnen (z. B. gern auch geförderten Wohnraum).

7.2.9. Sachstand Alte Reitbahn

Derzeit finden Gespräche mit potenziellen Entwicklern für das Grundstück Alte Reitbahn statt. Planungen bezüglich des städtebaulichen Konzept und einer möglichen Finanzierung werden derzeit konkretisiert und dem Ausschuss voraussichtlich im November 2015 präsentiert.

Das Grundstück befindet sich derzeit in städtischer Hand. Es besteht von verschiedener Seite Interesse, ein Wohn- und Geschäftshaus zu entwickeln.

Hierzu wird auf Nachfrage von der Verwaltung festgestellt, dass beide Entwickler offensichtlich ihre Ideen fortentwickeln und konkretisieren; in unregelmäßigen Abständen kommt es zu Abstimmungen mit der Stadtverwaltung, die ihrerseits auch selbst versucht, das Konzept städtebaulich und architektonisch zu optimieren.

2015/088

8. Beschluss Gewerbeentwicklungskonzept

Die Verwaltung erläutert die Vorlage anhand des dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügten Vortrages. Insbesondere kommt hierbei zum Ausdruck, dass es einen dringenden Bedarf dafür gibt, die in Ahrensburg ansässigen Gewerbebetriebe intensiv zu begleiten sowohl was deren Erweiterungsmöglichkeiten als auch die Umsiedlung innerhalb Ahrensburgs betrifft. Gleiches gilt für die Nachnutzungen in den bereits existierenden Gewerbegebieten Nord und West.

In der anschließenden Aussprache stellt die SPD-Fraktion den als **Anlage 1** beigefügten Antrag. Hierzu ergänzt die Verwaltung, dass die Aktualisierung ohnehin vorgesehen ist, indem die städtische Wirtschaftsförderung die ihr vorliegenden Daten kontinuierlich einpflegt und in regelmäßigen Abständen von wenigen Jahren ein grundsätzlicher Abgleich mit anderweitigen Datenerfassungen erfolgen muss.

Sodann wird zunächst über den Ergänzungsantrag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **8 dafür**
1 Enthaltung

Abschließend stimmt der BPA über den insofern ergänzten Beschlussvorschlag ab.

Abstimmungsergebnis: **8 dafür**
1 Enthaltung

9. Stadtverkehr Ahrensburg/Optimierte ÖPNV-Anbindung Rosenhof

Einleitend erinnert die Verwaltung an die Vorstellung des Sachstandes in der BPA-Sitzung am 15.07.2015, in dem es um die Ergebnisse bzw. Lösungsmöglichkeiten auf Basis der Anträge vom Februar 2015 ging. Im Endeffekt werden 3 aufgezeigt, nämlich

1. die Variante 1 mit der Rückkehr zur Ringlinie bei der Linie 569 im Stadtteil Gartenholz

2. die Variante 2 mit der Taktverdichtung bei der Linie 476 und

3. die nachrangig oder ergänzend zu betrachtende vorzeitige Errichtung künftiger Haltestellen im Neubaugebiet Erlenhof-Süd.

Während der sitzungsfreien Zeit sind folgende ergänzende Informationen gegeben worden, die die Verwaltung nochmals zusammenfassend vorträgt:

1. Die Bewohner des Rosenhofes V machten aus ihrer Sicht nochmals deutlich, dass nicht der Rosenhof besser angebunden werden muss an das Stadtbusangebot, man jedoch durch die ÖPNV-Erschließung des Neubaugebietes Erlenhof-Süd auch keine spürbaren Nachteile erfahren möchte.

   Zu diesem Hinweis wurde von der Verwaltung angemerkt, dass der Kreis Stormarn als Träger des ÖPNV seit Dezember 2014 das Neubaugebiet Erlenhof-Süd an den Stadtbusverkehr angebunden hat und diese Regelung von der Stadt Ahrensburg nach intensiver Diskussion im Herbst 2013 mitgetragen wurde. Demzufolge finanziert der Kreis komplett die Linie 569 trotz der hiermit seit Dezember 2014 verbundenen Mehrkosten, während die Stadt Ahrensburg die Leistungen auf der Linie 476 bestellt hat und trägt. Der Grundkonflikt sei der Ahrensburger Selbstverwaltung klar.

2. Für den Fall einer Entscheidung zu Variante 1 wäre nach Mitteilung des Kreises Stormarn die Anschaffung eines zusätzlichen Midibusses auf der Linie 476 nötig (für den 30-Minuten-Takt zwischen Erlenhof und Innenstadt). Bei einer Entscheidung Ende September ist dieser Neuanschaffung bis zum Fahrplanwechsel im Dezember 2015 nicht zu schaffen. Auch von der Linie 576 könnte kein Midibus abgezogen und dort zunächst durch einen Stadtbus ersetzt werden, da die Verlängerung zum Hallenbad zum 31.08.2015 auch dort den Einsatz von Midibussen notwendig macht. Eine Umsetzung einer Variante 1 wäre somit frühestens im Frühjahr 2016 möglich.

3. BPA-Mitgliedern hinterfragten am 15.07.2015 im Falle einer Realisierung der Variante 1 (Rückkehr zum Ringverkehr bei Linie 569), ob der Fahrplan für die künftige Linie 476 angesichts des sich überschneidenden Linienverlaufes im Bereich Lübecker Straße, Am Alten Markt, Große Straße nicht dahingehend angepasst werden kann, dass sich die Linien 476 und 569 in diesem Abschnitt zu einem annähernden 15-Minuten-Takt ergänzen. Da die Linie dann nicht mehr in das Rendezvous-System eingebunden wäre, könnte das direkte Anfahren des ohnehin stark ausgelasteten ZOBs am Bahnhof Ahrensburg entfallen, indem der AOK-Knoten überquert wird.

   Diese als Idee vorgebrachte Herauslösung der Linie 476 aus dem Rendezvous/ZOB zugunsten eines 15-Minuten-Taktes in dem beschrieben Linienverlauf lehnen HVV und Kreis ab. Der Erlenhof hätte dann keinen Bezug mehr zum Rendezvous mit den anderen Stadtverkehrslinien und keinen Bahnanschluss nach Hamburg. Zudem sei ein 15-Minuten-Takt nachfragebedingt nicht notwendig.

4. Der Kreis Stormarn hält beide aufgezeigten Varianten für unverhältnismäßig, dem Mittelaufwand stehen seines Erachtens keine nennenswerten Fahrgastzuwächse entgegen; diese werden in der Finanzierungsvereinbarung auch unberücksichtigt gelassen.

5. Die StV-Vorlagen Nr. 2015/097/1 entspricht der Vorlagen Nr. 2015/097. Empfiehlt der BPA in seiner heutigen Sitzung eine der beiden aufgezeigten Varianten entsprechend der am 09.09.2015 übermittelten Antragsformulierungen, wird am 17.09.2015 eine aktualisierte StV-Vorlagen Nr. 2015/097/2 erstellt für die Stadtverordnetenversammlung am 21.09.2015.

Im Anschluss werden Verständnisfragen geklärt.

Nach derzeitigem Stand ist der in der Einwohnerfragestunde und unter TOP 7.2.4 erwähnte Änderungsvorschlag nicht entscheidungsreif, da der Träger des ÖPNV wie berichtet Bedenken dagegen erhebt, die zum Dezember 2014 eingeführte und erst am 31.08.2015 auf städtischen Wunsch hin angepasste Linienführung wiederum zu ändern. Die Linie 576 gehört zum Grundangebot des Kreises Stormarn, die Stadt Ahrensburg finanziert lediglich den 30-Minuten-Takt.

Verwaltung und Selbstverwaltung empfehlen Herrn Elmers, sich wegen seiner detaillierten Erwiderung zur gemeinsamen Stellungnahme von HVV und Kreis direkt mit der Kreisverwaltung Stormarn in Verbindung zu setzen, insbesondere um die etwaigen unterschiedlichen Fahrzeitannahmen auszuräumen.

Im Laufe der Beratung stellt ein Ausschussmitglied folgenden **Antrag**, über den abschließend abgestimmt wird:

Der Kreis Stormarn wird beauftragt, zum nächstmöglichen Zeitpunkt die näher beschriebene Variante 1 einzuführen, die beinhaltet

a) bei der Linie 569 die Rückkehr zur Ringführung im Stadtteil Gartenholz und

b) beim östlichen Strang der Linie 476 (Bahnhof – Pellwormstieg) die Verlängerung in den Stadtteil Erlenhof und eine Taktverdichtung (Mo. bis Fr. 30-Minuten-Takt, Sa. 30/60-Minuten-Takt, So. 60-Minuten-Takt).

Die erforderlichen Haushaltsmittel von rd. 100.000 €/Jahr werden als städtischer Finanzanteil ab dem Haushaltsjahr 2016 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

2015/034

10. Vergabe von Straßennamen für das Gebiet Bebauungsplan Nr. 88 - Erweiterung des Gewerbegebietes Beimoor-Süd

Wie bereits bei der Festsetzung der Tagesordnung angekündigt, beabsichtigt die Verwaltung die Vorlage neu zu fassen.

Grund hierfür sind die verschiedensten bisher vorgebrachten Vorschläge:

— Der BKSA hat in seiner Sitzung am 03.09.2015 angedacht, die Straßen im Gebiet Beimoor-Süd etwa nach Wissenschaftler/innen, Industriellen oder regionalen Persönlichkeiten zu benennen.

— Die Gleichstellungsbeauftragte erinnert daran, verstärkt Straßen nach Frauen zu benennen.

— Von mehreren Einwohnern sind nach Fertigung der Sitzungsvorlage weitere Vorschläge eingegangen.

— Der Kinder- und Jugendbeirat Ahrensburg hat mit Antrag AN/038/2015 den Antrag gestellt, die Planstraße C im Bebauungsplan Nr. 88 als „Stadtjugendring“ zu benennen.

In den anschließenden Meinungsäußerungen wird deutlich, dass pro Quartier – wie hier im B-Plan Nr. 88 – Straßennamen gewählt werden sollten, mit denen dieselbe Assoziation verbunden wird – auch um in Ansätzen ortskundigen Personen einen Orientierungsanhalt zu bieten.

Die Benennung einer Straße im Gewerbegebiet nach Herrn Flögel wird grundsätzlich begrüßt und könnte als Basis herangezogen werden.

Erwogen wird – evtl. im Ältestenrat – künftig festzulegen, dass sich nur ein Ausschuss federführend unter Einbeziehung der Öffentlichkeit mit der Wahl von Straßennamen befasst und eine Empfehlung abgibt für die Stadtverordnetenversammlung.

11. Verschiedenes

11.1. Tiefgarage unter dem Rathausplatz

Auf Nachfrage des Seniorenbeirates berichtet die Verwaltung, dass der Eigentümer der Tiefgarage unter dem nördlichen Rathausplatz nunmehr einen Vorschlag unterbreitet hat, wie er den Notausstieg im südwestlichen Teil der Tiefgarage zu realisieren gedenkt. Dessen nunmehr anstehende Umsetzung ist Voraussetzung dafür, die gesamte Tiefgarage wieder in Betrieb nehmen zu können.

11.2. Beteiligung des Behindertenbeirates

Mit Hinweis auf die Änderung von HVV-Buslinien, die auch häufig von Behinderten genutzt werden, bietet der Vertreter des Behindertenbeirates an, seinen Beirat im Vorwege zu kontaktieren und an Abstimmungsgesprächen zu beteiligen.

11.3. Einsatz von Planungsmitteln für ein öffentliches WC im Bahnhofsumfeld

Der Behindertenbeirat erinnert an die eingeworbenen Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 €, die noch nicht für die Planung eines öffentlichen WC's im Bahnhofsumfeld eingesetzt worden sind; die Planungsmittel stehen dem ZGW zur Verfügung und sind dem Budget des Umweltausschusses zuzuordnen.

11.4. Optimierte ÖPNV-Anbindung Rosenhof V

Der Vertreter des Behindertenbeirates nimmt Bezug auf das Beratungsergebnis unter TOP 9 und erinnert an die bereits vor knapp 2 Jahren durchgeführte Ortsbesichtigung. Seines Erachtens wäre auch eine preisgünstigere Variante der Optimierung möglich gewesen, wenn die Seniorenwohnanlage Rosenhof V von vornherein eine direkte Zugangsmöglichkeit in den nördlichen Gebäudeteil verbunden mit einer direkten Wegeführung zum westlichen Abschnitt des Pomonaringes verwirklicht hätte.

11.5. Beleuchtung des Waldemar-Bonsels-Weges im Abschnitt Wulfsdorfer Weg bis Rantzaustraße

Ein Ausschussmitglied fordert dringend, die Straßenbeleuchtung des Waldemar-Bonsels-Weges im oben genannten Abschnitt zu erneuern. Die Leuchten seien alt, zudem werde die geringe Leuchtkraft, insbesondere im belaubten Zustand der Straßenbäume weiter verringert. Neben der hiermit verbundenen allgemein erhöhten Verkehrsgefahr wird darauf verwiesen, dass der Radverkehr auf der Fahrbahn stattfinden muss und der östliche Gehweg einen schlechten Zustand aufweise.

Anmerkung der Verwaltung:

Wie bereits in der BPA-Sitzung am 20.05.2015 auf Anfrage bestätigt, ist der Bedarf erkannt. Da die Kabel aber schon marode sind und die Abstände der Leuchten für eine moderne Leuchttechnik zu groß sind, kommt nur eine Erneuerung wie in der Parkallee in Betracht, die einen Beitragsfall auslösen.

11.6. Verkehrszählung in der Straße Brauner Hirsch/Ortsteil Am Hagen

Ein Ausschussmitglied erkundigt sich nach dem Grund und dem Umfang einer in den letzten Wochen zu verschiedenen Wochentagen durchgeführten Verkehrszählung.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Verkehrszählung wurde im Auftrag des FD IV.3 Straßenwesen durchgeführt. Damit wurde eine bereits vor längerem der Bürgergemeinschaft Am Hagen zugesagte Aktion durchgeführt. Die Ergebnisse und deren noch nicht vorgenommene Auswertung werden nicht nur der Bürgergemeinschaft, sondern auch dem BPA zur Kenntnis gegeben.

11.7. Kfz-Plätze auf dem Kita-Grundstück Pionierweg

Ein Ausschussmitglied erinnert an den Stellplatzbedarf für die Kindertagesstätte im Pionierweg. Die nach der Baugenehmigung herzustellenden Kfz-Plätze werden bereits für die dort Beschäftigten benötigt und sollten schnellstmöglich endgültig hergestellt werden.

Anmerkung der Verwaltung:

Da die Befestigung der bereits provisorisch angelegten und zu ergänzenden Stellplätze ausgeschrieben im Zusammenhang mit dem Ausbau des Pionierweges werden sollte, diese Maßnahme jedoch wegen der Kostenerhöhung erst mit Verspätung begonnen werden kann, verzögert sich auch die endgültige Anlage der Stellplätze; an einer zusammengefassten Ausschreibung sollte aus wirtschaftlichen Gründen festgehalten werden.

11.8. Standfestigkeit der Birke im Pionierweg

Herr Landwehr hatte die Bauverwaltung gebeten, die Standfestigkeit der Birke zu beurteilen, die im Pionierweg südlich der Einmündung Jonny-Lösch-Weg auf dem Gehweg steht. Es wird erinnert an die Übermittlung des Prüfungsergebnisses.

11.9. Brachfläche am AOK-Verkehrsknoten

Auf Nachfrage eines Sitzungsteilnehmers betont die Verwaltung, dass für das unbebaute Grundstück Hamburger Straße 27 am AOK-Verkehrsknoten weiterhin kein Bauantrag vorliege.

11.10. Sondernutzung für eine Gastronomie auf dem Rondeel

Die Verwaltung wird gebeten, die genehmigte Sondernutzungsfläche im nordwestlichen Bereich des Rondeels zu überprüfen und auf jeden Fall sicherzustellen, dass die dort noch vorhandenen Straßenmöbel, wie etwa die öffentliche Sitzbank, noch nutzbar bleibt. Dieses sichert die Verwaltung zu.

11.11. Erneuerung der Beleuchtung Parkallee

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass die Beleuchtung in der Parkallee derzeit erneuert werde; die Baumaßnahme ist noch nicht abgeschlossen. Insofern sei erklärbar, dass die Straßenleuchten bisher auf lediglich einer Straßenseite freigeschaltet sind.

11.12. Verkehrssituation im Heinz-Beusen-Stieg

Ein Ausschussmitglied hinterfragt den Ausbaustandard und die Verkehrsanordnung in dem Abschnitt des Heinz-Beusen-Stieges zwischen Hagener und Manhagener Allee, der in beiden Richtungen befahren werden kann. Zum einen seien Verkehrsteilnehmer häufig überrascht vom Gegenverkehr, zum anderen führe die 5,50 m breite Fahrbahn in Verbindung mit vielen Einmündungen und der Kurve zu vielen Beinah-Unfällen. Die Verwaltung wird gebeten, die Gesamtsituation zu überprüfen.

11.13. Verkehrswidriges Parken im Westteil der Bismarckallee

Auf die Bemerkung eines Ausschussmitgliedes, dass im westlichen Abschnitt der Bismarckallee viele Kraftfahrzeuge verkehrswidrig abgestellt seien, betont die Verwaltung, dass der ruhende Verkehr dort in angemessenem Umfang kontrolliert werde, die Zahl der festgestellten Verstöße sich aber häufig nicht decken mit dem subjektiven Empfinden der betroffenen Anlieger.

gez. Hartmut Möller
Vorsitzender

gez. Ulrich Kewersun
Protokollführer